

Gewerkschaften warnen die Stadt vor weiteren Finanzprodukten à la PPP**1. PPP ist ein teures Finanzprodukt, bei dem der eine Partner (der private) den anderen Partner (den öffentlichen) aussaugt**

PPP ist nicht billiger, sondern teurer als Bau, Sanierung und Betrieb in Eigenregie. Alle Rechnungen, die das Gegenteil behaupten, sind i.d.R. von PPP-nahen Beratungsfirmen erstellt. Bereits für das Bildungszentrum Ostend hat das Revisionsamt der Stadt ermittelt, dass Bau und Betrieb in Eigenregie die Stadt und damit den Steuerzahler billiger gekommen wäre. Gleiches gilt für den Landkreis Offenbach, wie die beiliegende Vergleichsrechnung zeigt. Dort sind die jährlichen Finanzraten des Landkreises allein von 2004 bis 2009 um fast 30% gestiegen. (Anlage)

2. Die 12,1 Mio € PPP-„Leasingraten“ pro Jahr (Tendenz steigend) verschlingen für nur 4 (von 154) Schulen einen überproportional hohen Anteil der jährlichen investiven Bildungsausgaben der Stadt FFM - 20 Jahre lang.

Die Stadt gibt das Bauvolumen im Haushaltsjahr 2008 für 154 Schulen und 45 Kitas in städtischen Gebäuden (Planung, Bau, Ausstattung und Unterhaltung) mit 102 Mio € in 2008 an (Homepage Stadtschulamt 2009).

PPP bindet demnach 2008 für 2% der Bildungseinrichtungen 12% der investiven Mittel.

3. Die Stadt hatte das Finanzprodukt PPP gar nicht nötig.

Denn sie erzielte in 2006 einen Überschuss von 429 Millionen €, in 2007 von 588 Millionen € und in 2008 von 518 Millionen €. Somit hat die Stadt in den letzten drei Jahren einen Gesamtüberschuss von 1.535 Millionen € erwirtschaftet. Die Stadt verfügte zum Stichtag 31. 12. 2008 über liquide Mittel von über einer Milliarde €, welche die Restschulden Frankfurts (ca. 1.050 Millionen Euro) deutlich übersteigen. Die Hochtief AG gab Ende 2007 an, dass das Volumen für die vier PPP-Schulen in Frankfurt bei 248 Mio. Euro liege, das Bauvolumen bei nur 106 Mio €. D.h.: Die Stadt Frankfurt war finanziell durchaus in der Lage, die vier Schulen in Eigenregie und schneller zu sanieren.

4. Die Stadt begibt sich mit dem PPP-Projekt für die nächsten 20 Jahre in eine Situation der Unflexibilität und der fixen Kosten, weil sie so lange vertraglich gebunden ist. Dies widerspricht auch dem Prinzip einer „nachhaltigen Entwicklung“.

5. Mit dem Finanzprodukt PPP ist immer eine Aushöhlung der kommunalen Demokratie verbunden.

weil prinzipiell aus Gründen des Vorrangs des privaten Vertrags- und Wettbewerbsrechts und des damit verbundenen Datenschutzes das Parlament unzureichend informiert wird. Bei beiden PPP-Projekten im Frankfurter Schulbereich hat sich zudem gezeigt, dass das Stadtparlament obendrein mit falschen Angaben und parteiischen Gutachten in die Irre geführt wurde. So hat die Kämmerei beim PPP-Projekt Bildungszentrum Ostend von einer 25%igen Einsparung gesprochen und erst, als Öffentlichkeit und Akteneinsichtsausschuss mit langem Atem nachgebohrt hatten, zugegeben, dass ein Gutachten gar nicht existiere. Bei dem zweiten PPP-Projekt wurde eine auf PPP festgelegte Firma mit einem Gutachten beauftragt, das nur als unseriös bezeichnet werden kann und in dem „Äpfel mit Birnen“ verglichen wurden. Die GEW hatte dies seinerzeit in einer Expertise nachgewiesen.

6. PPP ist nicht schneller:

Im Sommer 2009 wurde seitens des Magistrats stolz verkündet, dass die Renovierung von vier Schulen (Freiherr-vomStein, Bikuz, Carl-von-Weinberg, Kleyer) in Rekordzeit erfolgt sei. In Wirklichkeit hat PPP dazu geführt, dass die Bauvorhaben um mindestens drei Jahre verzögert wurden. Denn ohne PPP hätte die Stadt spätestens 2005 mit Planung und Bau beginnen können.